

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/188

1. Oktober 1973

Mit gleicher Entschlossenheit

---

"Wir sind den Weg, den Ernst Reuter eingeschlagen hat, weitergegangen"

Von Klaus Schütz  
Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Seite 1 bis 3 / 156 Zeilen

Trägt nur der Himmel die Verantwortung?

---

Eine kritische Betrachtung zur Woche der Welthungerhilfe

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Seite 4 und 5 / 94 Zeilen

Polemisch und infam

---

Ein CSU-Parteitag der Allgemeinplätze

Seite 5 und 7 / 92 Zeilen

Ein Märker in Niedersachsen

---

Lyriker, Erzähler, Essayist - Zum 75. Geburtstag von Werner Schumann

Seite 8 und 9 / 69 Zeilen

Mit gleicher Entschlossenheit

---

"Wir sind den Weg, den Ernst  
Reuter eingeschlagen hat, weitergegangen"

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Ginge die Frage an die Berliner, ob Ernst Reuter und seine Politik für sie aktuell seien und, wenn ja, in welcher Weise, würden sie den Fragenden verwundert und verständnislos anblicken. Sie würden ihn für einen Fremden halten, denn nur so wäre für sie die Unkenntnis und Unbeteiligtsein verratende Frage erklärbar.

Dabei fiel ihnen selbst die Antwort wahrscheinlich nicht leicht. Für die Menschen in Berlin verbinden sich mit dem Namen Ernst Reuter so viele Erfahrungen und Erinnerungen, daß sie verschmolzen sind zu der einen Erfahrung und der einen Erinnerung an die überragende politische Persönlichkeit im Nachkriegsberlin. Sie denken an Ernst Reuter etwa so, wie vormals eines Pater patriae gedacht worden sein mag. Wenn es eines Beleges dafür bedarf, dann ist es die Erschütterung der Berliner, als Ernst Reuter am 29. September 1953 unerwartet starb.

An diesem Tage spürten alle in unserer Stadt, was ihnen zuvor so gar nicht bewußt war: Daß sie sich mit Ernst Reuter identifiziert hatten wie er sich mit ihnen. Er hatte ihre Sache, die von Not und Sorgen bestimmte persönliche wie die öffentliche, als Bürger des zerstörten und bedrohten Berlins zu der seinen gemacht. Ihnen fehlte nun der Mann, dem sie sich und ihre Stadt anvertraut hatten und der dieses Vertrauen gerechtfertigt und eingelöst hatte.

Für die Berliner steht fest, daß Ernst Reuter dem Teil Berlins, für den das möglich war, die Freiheit erhalten hat. Sie wissen, daß Ernst Reuter dabei die Hilfe vieler hatte und daß ohne die westlichen Besatzungsmächte seine Politik nicht hätte erfolgreich sein können. Aber er war es eben, der den Willen und die Hoffnungen der Berliner und aller demokratischer Gruppen zusammenzufassen und auszudrücken und die Westmächte von seiner Politik zu überzeugen verstand. Das war für das Schicksal Berlins und seiner Bürger entscheidend.

Ernst Reuter hat seine Politik durchgesetzt und verwirklicht und so den Weg des freien Teils von Berlin geprägt und vorgezeichnet bis heute. Niemand in unserer Stadt zweifelt daran, daß dieser Weg richtig und wahrscheinlich der einzig mögliche war, um über zwei Millionen Menschen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu erhalten und zu garantieren. Wenn wir heute hier so leben, wie wir leben, dann ist das, so die Überzeugung der Menschen in Berlin, zuerst das Verdienst von Ernst Reuter. Die Frage nach der Aktualität seiner Politik ist darum in Berlin weitgehend überflüssig.

Die Aktualität der Politik Ernst Reuters hat aber einen noch weiterreichenden Grund, der sie sehr gegenwärtig macht. Für die Berliner ist ihre Stadt auch heute in einer nicht völlig anderen

Situation als damals. Alle Wandlungen und Veränderungen in den zwanzig Jahren haben für sie nicht ausgereicht, das Berlin der Zeit Ernst Reuters in der Geschichte zurücklassen zu können, weil die Berliner Situation noch immer in mancher Beziehung gleiche, in mancher Beziehung ähnliche Merkmale aufweist, wie sie damals galten.

Ernst Reuter hat als gewählter, aber des sowjetischen Vetos wegen nicht amtsührender Oberbürgermeister die politische Teilung unserer Stadt während der Blockade miterlebt. Er hat dann nach Übernahme des Amtes und als erster Regierender Bürgermeister sich mit eben der Teilung und ihren Folgen auseinandersetzen müssen. Er stand also am Anfang der Entwicklung, an deren vorläufigem Ende wir heute stehen.

Die Frage ist, ob unsere Antworten, zwanzig Jahre nach dem Tod Ernst Reuters, denen vergleichbar sind, die Ernst Reuter gab. Dabei sollte man daran denken, daß Ernst Reuter selber die Grundlagen für unsere Situation heute entscheidend mitgeschaffen hat, aus der heraus wir urteilen. Die Lage in Berlin von 1973 ist wesentlich bestimmt durch das Vier-Mächte-Abkommen über die Stadt. Setzen wir seine Teile in Beziehung zur Politik Ernst Reuters, dann werden, meine ich, die Grundlinien einer Politik sichtbar, die man gemeinsam nennen kann. Das Abkommen hat das Recht auf Anwesenheit der vier Mächte in Berlin bestätigt. Ernst Reuter erlebte mit der Blockade den ersten großen Versuch der Sowjetunion, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben und so die Stadt ganz in ihre Hand zu bekommen. Die Blockade mißlang, weil die westlichen Besatzungsmächte mit der Luftbrücke antworteten und Ernst Reuter die Berliner unter schwierigsten Bedingungen zum Widerstand anführte.

Die Bedrohungen Berlins hielten fast ein Vierteljahrhundert in verschiedenen Formen an. Die wichtigste Voraussetzung dafür, daß in Westberlin die Freiheit bewahrt werden konnte: die Anwesenheit der Schutzmächte, ist jetzt wieder unbestritten. Es braucht nicht ausgeführt zu werden, daß Ernst Reuter nach wie vor in der Präsenz der drei Mächte in Berlin die unerläßliche Voraussetzung unserer Sicherheit sehen würde.

Im Abkommen hat die Sowjetunion unsere gewachsenen Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland erstmals anerkannt. Sie hat akzeptiert, was von Anfang an die Rechtsauffassung unserer Schutzmächte ist: daß Westberlin der Bundesrepublik umfassend verbunden ist und die Bundesrepublik, außer in Status- und Sicherheitsfragen, Berlin nach außen vertritt.

Fraglos würde Ernst Reuter die Bestätigung unserer Bindungen an den Bund durch die Siegermacht in Berlin, die diese Verbundenheit immer wieder mit Mitteln und Mittelchen abzuschwächen und zu unterbinden versuchte, bejahen. Er würde darin, wenn schon die Wiedervereinigung der beiden Teile der Stadt und unseres Landes nicht möglich ist, seine Politik als zum Ziel gekommen ansehen, sofern Berlin nicht uneingeschränkt ein Land der Bundesrepublik sein darf. Denn er war es, der jeder Vorstellung eines selbständigen Gebildes Westberlins leidenschaftlich widersprach und keinen Zweifel daran ließ, daß Berlin zur Bundesrepublik gehören will und die Bundesrepublik möglichst stark in Berlin verankert sein soll. Niemand braucht sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie Ernst Reuter die von den beiden deutschen Seiten ausgehandelten Teile des Vier-Mächte-Abkommens beurteilen würde.

Er hat 1948/49 die totale Sperrung aller Landwege zwischen den Westzonen und Westberlins erlebt und die Berliner zum Durchhalten aufgefordert, bis diese Wege wieder geöffnet sein würden. Bis zu seinem Tode hat Ernst Reuter nichts anderes auf den Zugangswegen erlebt als Wartezeiten und Kontrollen und Durchsuchungen und Schikanen. Er würde in dem Transitverfahren jetzt die endliche Beseiti-

gung der Blockadereste und -manipulationen. Schließlich mußte Ernst Reuter 1952, wie wir alle es mit hinnehmen, daß die DDR den Westberlinern die Einreise in ihr Gebiet verweigerte. Zwei Jahrzehnte später wurde diese Art von Blockade der Umwelt durch die Reise- und Besuchervereinbarung aufgehoben. Der Öffnung der DDR für die Westberliner und dem nun wieder möglichen fortwährenden Kontakt zwischen den 17 Millionen und den Westberlinern würde Ernst Reuter eine besondere Qualität beimessen, weil hier über das Sichern und Verbessern und Erleichtern der Lage für die Westberliner hinaus ein, wenn man so will, gesamtdeutsches Element wieder erscheint.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden: Es geht bei diesen Überlegungen unter der Frage, wieweit Ernst Reuters Politik heute aktuell sei, in keinem Falle darum, Ernst Reuter auf billige und bequeme Weise für unsere Politik in Anspruch zu nehmen und ihn gleichsam als Schutzschild vor uns herzuschieben. Vielmehr halte ich die Umkehrung für angemessen, die kritische und möglicherweise auch selbstkritische Frage, was unsere Politik denn vor ihm bedeute. Ich meine, wir sind den Weg, den Ernst Reuter eingeschlagen hat, weitergegangen... Die Aktualität der Politik Ernst Reuters spricht aber nicht nur aus dem in den langjährigen Ost-West-Auseinandersetzungen ausgebildeten Gespür der Berliner für die richtige und notwendige Politik und auch nicht nur aus den Beziehungen unserer Politik heute zu der Ernst Reuters damals, die augenfällig sind. Die Aktualität seiner Politik hat auch Aspekte für die Zukunft.

Sie ergeben sich aus der konkreten Situation Berlins. Wir machen in diesen Monaten die Erfahrung, daß die Praxis auf den Zugangswegen und bei den Besuchen und Reisen nach Ostberlin und in die DDR zufriedenstellend ist, die Sowjetunion und die DDR und ihre Verbündeten aber in der Praktizierung der nunmehr ja anerkannten Bindungen unserer Stadt an den Bund erhebliche Schwierigkeiten machen. Man hat dort, dem Vier-Mächte-Abkommen und der eigenen Unterschrift entgegen, den alten Wunschträumen von der besonderen politischen Einheit Westberlin noch nicht ganz und nicht überall den Abschied gegeben. Das leistet der Befürchtung Vorschub, daß man von östlicher Seite in die Politik der Entspannung doch ein paar der abgestandenen realitäts- und ausgleichswidrigen Stücke hineinschmuggeln will. Diese Stücke haben noch nie etwas getaugt, vor allem nicht für den Frieden. Aber manche Kreise meinen offenbar, sie könnten darauf nicht verzichten, und sie halten das alte Bild über Westberlin, das gerade weggestellt worden ist, sich selber als Zukunft von Westberlin vor Augen.

Dieses Bild war schon immer falsch. Seine Liebhaber können keine Hoffnung haben, daß es jemals eine Entsprechung in der Wirklichkeit findet. Das haben Ernst Reuter und die Berliner und die Schutzmächte schon 1948/49 bewiesen, das haben die Jahre bis 1971/72 unter allen Bundesregierungen bewiesen, und es wird sich zeigen, daß jeder auch noch so dünne Aufguß der verbrauchten Dreistaatentheorie niemals Aussicht hat, von uns akzeptiert zu werden.

Wir müssen das heute - nach bald drei Jahrzehnten Nachkriegsentwicklung und während der in jüngerer Zeit trotz allem allmählich... Boden fassenden Entspannung in Europa - wohl in manchem anders sagen, als das Ernst Reuter damals tun mußte. Unsere Lage in Berlin ist im Inneren völlig anders, wir leben im Wohlstand, zumindest aber ausreichend, und in einer attraktiven Stadt, und nach außen haben wir mehr Sicherheit und Öffnung als jemals seit dem Kriege. Aber wo trotz der Politik der Entspannung und Verständigung auch immer ihr Gegenteil sichtbar wird, da treten wir Gewalt und Kaltem Krieg jetzt und in Zukunft mit der gleichen Entschiedenheit entgegen wie Ernst Reuter. Und da bekennen wir uns zu Selbstbestimmung und Freiheit und Menschlichkeit mit gleicher Entschlossenheit wie eh und je. (-/1.10.1973/ex)

## Trägt nur der Himmel die Verantwortung ?

Eine kritische Betrachtung zur Woche der Welthungerhilfe

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Auch in diesem Jahr werden wir anlässlich des Erntedankfestes in der Woche der "Welthungerhilfe" daran erinnert werden, daß es nicht überall in der Welt so aussieht wie bei uns, sondern daß es Länder gibt, in denen Hunger und Lebensmittelknappheit zum täglichen Leben gehören.

Durch Presse, Rundfunk und Fernsehen werden wir aufgerufen, durch Spenden unseren Beitrag zur Lösung dieses Problems in der Welt zu leisten.

In diesem Jahr wird uns dieser Aufruf besonders unter die Haut gehen, denn seit einigen Monaten reißen die Berichte nicht ab über die fortschreitende Wüstenbildung des Sahels, die das Leben von 23 - 24 Millionen Menschen in Zentralafrika bedroht. Immer wieder wurden wir auf die bedauerliche klimatische Entwicklung hingewiesen, und man konnte in einem Kommuniké in "Le Monde" lesen: "da der Skandal zu groß ist, Tod und Hunger nicht mehr verheimlicht werden können, muß die Verantwortung im wahrsten Sinne des Wortes dem Himmel zugeschoben werden".

Viel zu selten wird erwähnt, daß die seit 60 Jahren fortschreitende Wüstenbildung in Afrika kein ausschließlich natürliches Phänomen ist, sondern im wesentlichen durch menschliches Verschulden, insbesondere durch den Raubbau der Kolonialmächte entstand. Die über Jahrzehnte praktizierte Verdrängung des Nahrungsmittelsanbaus durch Exportkulturen wie Baumwolle, Erdnüssen, Viehzucht führte zur Schädigung des natürlichen Gleichgewichtes. Die Umwandlung des gemeinschaftlichen Ackerlandes der ursprünglichen afrikanischen Dorfgemeinden in Industriekulturen entsprach nicht den Bedürfnissen des eigenen Landes, sondern trug allein dem Weltmarkt Rechnung und den ihn bestimmenden Weltmächten. Auch die Infrastruktur wurde nicht nach den Bedürfnissen der Einwohner entwickelt und daher können Hilfsgüter häufig nicht in besonders verwahrloste Gebiete wegen mangelnder Straßen und Transportmittel gebracht werden.

Die Lebensmittelproduktion im Sahel sinkt weiter und die Fehl- bzw. Unterernährung bleibt und wird sich verschlimmern. Aber dies ist lediglich ein Beispiel für eine weit verbreitete Situation, die vergleichbar ist mit anderen Kontinenten.

Im Jahresbericht der FAO 1973 heißt es in diesem Zusammenhang: "Die Welternährungslage ist 1973 schwieriger als zu irgend einer Zeit seit den Jahren, die unmittelbar den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges folgten." Bei der Weltwährungskonferenz in Nairobi sagte der Präsident der Weltbank McNamara dazu: "Mehr als ein Drittel der 2.000 Millionen Menschen in der Dritten Welt leiden an Hunger oder Unter- und Fehlernährung. Mehr als 20 vH. der Kinder

sterben bevor sie fünf Jahre alt geworden sind. Und Tausende, die nicht sterben, erleiden Hirnschäden als Folge von Hunger. Die Reichen und Mächtigen haben die moralische Verpflichtung, den Armen und Schwachen der Welt zu helfen, und es kann nicht hingegenommen werden, daß die Vereinigten Staaten z.B. 35 vH. der gesamten Reichtümer dieser Welt für sich in Anspruch nehmen, dabei aber nur 6 vH. der Weltbevölkerung stellen."

Ein weltweites Problem also, das auch nur weltweit gelöst werden kann.

Wie ist es also zu verstehen, wenn Bundesentwicklungsminister Eppler angesichts dieser Entwicklung sagt: "Technisch wird es möglich sein, mit dem Hunger der Welt fertig zu werden, aber ob wirklich jeder satt werden kann, wird in der Politik entschieden, wenn es um Agrarreformen und damit schließlich auch um Entwicklungshilfe geht."

Wenn wir wissen, daß Beseitigung von Armut und Hunger technisch möglich ist und letztlich nur von politischen Entscheidungen abhängen, sollte man nach dem Sinn von Spendenaufrufen fragen, die allzu leicht dazu führen, Ursachen zu verdecken und die Verantwortlichen zu entlasten, die durch politische Entscheidungen die tatsächlich notwendige Hilfe herbeiführen könnten.

Natürlich sind sofortige Hilfsmaßnahmen in akuten Notsituationen unerlässlich, jedoch bieten solche karitativen Hilfeleistungen keinen Ersatz für anstehende politische Maßnahmen zur Veränderung bestehender Strukturen, nicht nur der betroffenen Länder, sondern in erster Linie wohl der sog. "entwickelten" Industrienationen.

Einseitig kann die Abhängigkeit der Staaten der Dritten Welt nicht abgebaut werden. So schadet es z.B. nur, wenn die Landwirte der westlichen Länder veranlaßt werden, durch gesteigerte Erzeugung den Fehlbedarf an Nahrungsmitteln in der Welt zu decken, anstatt Hilfestellung zu leisten, die agrarische Eigenproduktion der bedürftigen Länder zu steigern.

Wie kein anderes Land sollte sich gerade Deutschland - nicht nur wegen seines kürzlich erfolgten Beitritts in die UNO - verantwortlich fühlen. So sagte der Bundeskanzler in seiner Rede zum Beitritt zu den V.N.: "Die bedrückende Ernährungssituation in vielen Teilen der Welt verlangt, daß wir einen Welternährungsplan entwerfen, um durch eine integrierte Strategie der Nahrungsmittelproduktion und ihrer Verteilung Katastrophen zu verhindern", und an anderer Stelle: "Ob ein Mensch in kriegerischer Auseinandersetzung getötet wird oder durch Gleichgültigkeit zum Hungertod verurteilt wird, das macht moralisch keinen Unterschied. Wer den Krieg ächten will, muß auch den Hunger ächten".

(-/1.10.1973/ks/ex)

+ + +

Polemisch und infam

Ein CSU-Parteitag der Allgemeinplätze

Je ausfälliger, demagogischer und hysterischer Franz Josef Strauß wurde, desto begeisterter jubelte ihm seine Anhängerschaft in der vollbesetzten Münchner Bayernhalle zu. Hier konnte das Trommelfeuer hemmungsloser Angriffe gegen den politischen Gegner nicht polemisch und infam genug sein. Eineinhalb Stunden lang entzückte Strauß sich selbst und seine Zuhörer mit wahren Breitseiten von Verdrehungen und Verleumdungen und Unterstellungen. Nachdem er sich mit einer Kanonade gegen seinen Hauptwidersacher im bayerischen Landtagswahlkampf, Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, "warmgeschossen" hatte, bollerte er denn mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und studienrätlichen Latein-Zitaten gegen Bundeskanzler Willy Brandt.

Diese schweißtreibende rhetorische Leistung war der folgerichtige Schlußpunkt dieses CSU-Parteitages, von dem nur Unverbesserliche erwartet hatten, daß er außer der Erneuerung des Wahlkampfsvokabulars auch Sachaussagen über den Standort der Christlich-Sozialen bringen würde. Dabei hatte sogar das hochtrabende Generalmotto "Der Mensch! Maß unserer Politik" als auch die gewichtigen Punkte der Tagesordnung den Eindruck aufkommen lassen, hier könnten sich wesentliche Aussagen über den zukünftigen Kurs der CSU ergeben. Diese Hoffnung hat der Vorsitzende Strauß brambasierend genährt; als er davon sprach, die Zusammenkunft werde einen "essentlichen Markierungsstein auf dem politischen Weg der Partei" setzen und mit der völlig haltlosen Bemerkung, hier sei tatsächlich "die Klärung wichtiger Sachfragen" erfolgt, auf die Spitze getrieben.

Bei näherer Betrachtung ergibt sich aber, daß nichts geklärt wurde und wohl auch nichts geklärt werden sollte. So ist es nicht neu, daß die Christlich-Sozialen kein alternatives Konzept der Politik der sozialliberalen Koalition vorzuweisen haben. Die Münchner Demonstration wäre auch nicht erforderlich gewesen, um wieder zu zeigen, daß sich die Oppositionsrolle der CSU in verbaler Kraftmeierei erschöpft. Es hätte auch des Placet der Delegierten nicht bedurft, um die Regierungsmannschaft dieser Partei in Bayern konzeptionslos weiterwurschteln zu lassen. Somit war es nicht überraschend, daß die Hälfte der Parteitagszeit dem Ausdruck tiefer Sorge um die inneren Zustände des politischen Gegners und vor allem aber den Buhmännern Willy Brandt, Herbert Wehner und Dr. Hans-Jochen Vogel gewidmet wurde.

Erstmals wurde es den Delegierten eines CSU-Parteitages "gestattet", eineinhalb Tage lang zu diskutieren. Doch dieser Markstein der Entwicklung war kein Hindernis auf dem Wege von Franz Josef Strauß, denn schließlich verlief doch alles so, wie er es sich gewünscht hatte. Trotzdem könnte er damit den Scheinbeweis liefern, daß es fortan ungerecht sein würde, die CSU dem

Ruf der Diskussionsfeindlichkeit und dem Odium der Ein-Mann-Partei auszusetzen.

Monatelang durften CSU-Bezirks- und Kreisverbände, Junge Union und Frauenunion, Arbeitnehmer und Landwirte Stellungnahmen zu den verschiedensten politischen Bereichen erarbeiten. Das Ergebnis ihrer Mühe - rund 300 Anträge - fanden sie in einem dicken bunten Buch schwarz auf weiß in ihren Mappen. Der größte Teil der Anträge wurde dann aber lediglich als Material an irgendwelche Gremien überwiesen, angenommen wurden nur die bereits vor der Arbeitskreisdiskussion fertig hektografierten und vom Landesvorstand "gesegneten" Berichte und Beschlüsse. Wo man sich nicht einig war, wie in der Medienpolitik oder dem politischen Gegner keine Wahlkampfmunition durch eigene Profilierung bieten wollte, wie in der Mitbestimmung, beschränkte man sich auf Allgemeinplätze und vertagte das Thema. Wo eine Entscheidung unumgänglich war, wie in der Bodenpolitik, hinkte man hinter den sozialdemokratischen Vorstellungen hoffnungslos hinterher.

Die Delegierten, die der Vorsitzende in wichtigen Punkten (keine Parität bei der Mitbestimmung) mit einem Machtwort von Entscheidungskonflikten befreite, hielten zwar relativ wacker aus, doch am späten Nachmittag mußte das Präsidium die Beschlußunfähigkeit des "Diskussions-Parteitages" feststellen. Gleich nebenan fand das Oktoberfest statt...

Hätten nun die Delegierten schon wesentlich früher heimgehen können, wenn die Sorge um Probleme der Sozialdemokraten ihren CSU-Vorsitzenden nicht so bewegt hätten? Sicher nicht, denn dann hätte die christlich-demokratische Schwester als Objekt gifttriefender Diagnose hinhalten müssen. Sein "untrüglicher politischer Instinkt" - Strauß über Strauß - zwingt ihn nämlich zur Suche nach einem Angriffsziel, das er so lautstark beschiessen kann, daß man nicht die Stille der eigenen Konzeptionslosigkeit vernimmt.

Darüber hinaus aber muß er auch deshalb laut sprechen, um jene Stimmen innerhalb der Union zu übertönen, die auf wirkliche Entscheidungen in wichtigen Sachfragen drängen. So sind ihm die christlichen Arbeitnehmer, deren Mitbestimmungsmodell er rigoros niederbügelt, ein besonderer Dorn im Auge. Aber auch einige Mitglieder der Jungen Union nagen bereits mit für CSU-Verhältnisse sehr kritischen Bemerkungen die Autorität des alternden Vorsitzenden an.

(ib/1.10.1973/ks/ex)

+ + +

### Ein Märker in Niedersachsen

Lyriker, Erzähler, Essayist - Zum 75. Geburtstag von Werner Schumann

Der Lyriker, Erzähler, Essayist, Herausgeber biographischer und landschaftlicher Bildbände vor allem in niederdeutschen Raum weithin bekannt und geachtet, wird am 2. Oktober 75 Jahre alt. Geboren in der märkischen Kleinstadt Soldin, kam er vor 43 Jahren nach Hannover. Hier wurde Werner Schumann endgültig zum Niedersachsen, viele verwandte Züge seiner brandenburgischen Heimat und ihres Menschenschlages haben ihm sicher diesen Weg erleichtert. In diesem Jahr, 1930, heiratete er auch. Er hat drei Kinder und Enkelkinder.

Vor seiner schriftstellerischen Arbeit, die ihn Niedersachsen zur zweiten Heimat werden ließ und seinen eigentlichen Lebensinhalt ausmacht, begann er als Journalist und Dramaturg in Beuthen in Oberschlesien, Mühlhausen und Halle a.S. Sein erster Lyrikband erschien 1929, alle anderen Veröffentlichungen kamen aus Hannover. Von 1945 an war er Feuilletonredakteur in Braunschweig und Hannover, von 1946 bis 1963 Leiter des Feuilletons des "Sozialdemokratischen Pressedienstes".

Von den fast 30 Buchtiteln seien folgende erwähnt: Als lyrische Veröffentlichungen kamen nach der erwähnten heraus "Ergriffenheit", "Die Liebenden", "Andacht und Beschwörung", "Licht und Schatten", alle zwischen 1934 und 1963. Er schrieb über "Theaternot und Theaterhilfe" und "Das unsterbliche Kabarett". Unter den biographischen Werken wären zu nennen allein vier Veröffentlichungen über Heinrich Zille ("Zille sein Miljöh", "Pinselheinrich", ein großes Zillealbum, schließlich "Zille und sein Berlin") sowie zwei Käthe Kollwitz-Bände - beides Gestalten, die dem politisch und sozial Engagierten besonders nahe stehen. Dann zahlreiche Erzählungen in den Bänden "Das ungestillte Herz" und "Die Beichte der Zirkusreiterin".

Da man heute bei Gelegenheiten wie dieser nach Liebhabereien fragt - neben Büchern und Musik gehörten (und gehören noch ) dazu

auch Reisen, unternommen in viele europäische Länder, zuletzt nach Polen, in seine alte Heimat, über die er, erinnerungsfroh und doch auch, wegen der völligen Wandlung der Lebensumstände, etwas gehemmt, berichtete. Eigentlich alle seine Reisen fanden ihren Niederschlag in liebevollen Schilderungen von Menschen und Landschaften, wobei kulturhistorischen Beobachtungen sein besonderes Interesse galt. Ein Beispiel "Gärten, Gassen und Grotten", das zu seinem 70. Geburtstag herauskam. Hierher gehören auch die Beschreibungen in den schmalen Bildbändchen "Die Mark Brandenburg" und "Pommern" sowie das umfangreichere "Porträt eines Landes - Niedersachsen".

Eine betont heitere Note tragen seine "Lütjen Lagen", die Sammlungen über den "Witz der Niedersachsen" und zuletzt die Schmunzelei "Niedersachsen - wie es lacht". Rundfunksendungen, Beiträge in Anthologien, Almanachen, Jahrbüchern und Kalendern (in dem von ihm jährlich herausgegebenen Niedersächsischen Volkskalender) runden das Bild seiner vielseitigen Arbeit.

Nicht nur beim Leser hat Schumann viel Anerkennung gefunden. Als erstem hannoverschem Schriftsteller wurde ihm 1959 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen, 1962 die Auszeichnung der PEN-Club-Mitgliedschaft zuteil. Vorher hatte er den Verband niedersächsischer Schriftsteller gegründet, dessen Vorsitz er bis zu einer schweren Erkrankung im Jahre 1961 führte.

Solche Aufzählung sagt gewiß nicht viel, aber doch einiges über Charakter und Richtung seiner schriftstellerischen Arbeit. Beim Bemühen um eine allgemeine Beurteilung zunächst einmal, was Schumann gewiß nicht ist: ein (vergleichsweise) Abstrakter, ein Experimentierer, ein Denkspieler, ein Wortakrobat. Kein "Moderner" also. Wie sollte er auch nach Lebenslauf und Jahren? Vielmehr ist er in allem, was er schreibt, lebensnah, gefühlsbetont mit ausgeprägtem Gespür für alle Regungen des menschlichen Herzens (immer wieder zieht das Lyrische durch), kritisch, wenn auch meist wohlwollend im künstlerischen Urteil. Er geht behutsam ans Werk, liebt die leisen Töne und hat viel Humor, wie die erwähnten heiteren kleinen Bücher zeigen.

Doch ist diese Seite seines Wesens und Schreibens wohl mehr freundliche Arabeske, liebenswürdige Randerscheinung. Der Kern sind Ernst und vorbehaltlose Ablehnung alles Inhumanen.

Peter Raunau  
(-/1.10.1973/ks/ex)